

Gregor Kritidis

Die Demokratie in Griechenland zwischen Ende und Wiedergeburt

„Diejenigen, die uns schuldeten, nahmen uns auch noch den Ochsen.“

(griechisches Sprichwort)

„Was ist der Unterschied zwischen dem Griechenland zur Zeit der Perserkriege und heute? Damals wurden 300 geopfert, um den Rest des Landes zu retten. Heute verhält es sich umgekehrt.“

(griechischer Scherz; das griechische Parlament hat dreihundert Abgeordnete)

„Arme, esst euch nicht gegenseitig auf, esst die Reichen, sie sind besser gemästet.“

(Graffito in Athen)

Am 6. Dezember 2008 endete die *Metapolitevsi*, die politische und soziale Ordnung in Griechenland, die seit dem dem Sturz der Obristen im Jahre 1974 galt. Mit den tödlichen Schüssen auf den sechzehnjährigen Schüler Alexandros Grigoropoulos löste der Polizist Korkoneas eine Revolte aus, die bis in den Januar 2009 hineinreichte und der alten Ordnung die Sterbeurkunde ausstellte.¹ Der politische, soziale und kulturelle Bankrott der griechischen Gesellschaft wurde für jeden, der sich nicht der Realität verweigerte, in all seinen Dimensionen sichtbar. Die Geburt der neuen Ordnung, deren Durchsetzung noch ungewiss ist, lässt sich ebenso genau datieren, und zwar auf den 25. Mai 2011, als Hunderttausende auf den

¹ Vgl. Gregor Kritidis, Die Revolte der prekarisierten Jugend in Griechenland, in: *sozialistische positionen*, 12 (2008), im Internet abrufbar unter [<http://www.sospos.org/aufsaeetze/494ee3aaf23b3/1.phtml>] (alle Downloads: 1. September 2011).

zentralen Plätzen der griechischen Städte zusammenströmten und forderten, die gesamte politische Klassen solle verschwinden.²

Die Eskalation der „Finanzkrise“

Die wichtigsten Ereignisse, die zwischen diesen beiden Daten liegen, sind schnell umrissen:³ Die politischen und sozialen Eliten wollten zunächst nicht wahrhaben, dass ihr bisheriges Entwicklungsmodell, als „Modernisierung“ in ganz Europa gefeiert, gescheitert war. Mit polizeilicher und parastaatlicher Gewalt, Diffamierungen, medial inszenierter Terrorhysterie und rassistischen Kampagnen versuchten sie, das Feuer auszutreten, das im Dezember 2008 ausgebrochen war. Ihr Offenbarungseid erfolgte dennoch mit zwingender Notwendigkeit, als infolge der Bankenrettung die staatliche Neuverschuldung rasant anstieg und die ohnehin hohe Staatsverschuldung anschwellen ließ. Die ehemals sozialistische PASOK mit Giorgos Papandreou an der Spitze konnte im Herbst 2009 mit dem zwar zutreffenden, aber irreführenden Versprechen „Geld ist vorhanden“ die Parlamentswahlen gewinnen; anschließend verkündete Papandreou mit staatstragender Miene vor dem anmutigen Panorama der Insel Kastellorizo den drohenden Staatsbankrott. Innerhalb kürzester Zeit konnte jeder Grieche lernen, was unter „*spreads*“ zu verstehen ist und auf welchem Wege man sich bereichern kann, wenn man nur über ausreichend finanzielle Mittel verfügt. Die lohnabhängige Mehrheit der Bevölkerung war jedoch nicht zu überzeugen, dass diese Pleite ihre eigene sei. Die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung gewann an Schärfe und Dynamik und erhielt durch die Staatsschuldenkrise eine unmittelbar internationale Dimension.

² Einer der Slogans, die auf dem Platz der Verfassung in Athen gerufen wurde, lautete: „Wie spät ist es? Höchste Zeit, dass sie alle [die Parlamentarier, G. K.] verschwinden!“

³ Vgl. Gregor Kritidis, *Krise als Katalysator. Zur Transformation der griechischen Arbeiterbewegung*, in: *Sozial.Geschichte Online*, 3 (2010), S. 133–147.

Im Mai 2010 unterzeichnete die Regierung Papandreou, getrieben von den Ereignissen und unter massivem Druck der EU, einen Kreditvertrag über 80 Milliarden Euro mit den Ländern der Eurozone (30 Milliarden steuerte zudem der IWF bei), zu dessen Bestandteilen das berüchtigte „*Mnimonio*“ („Memorandum“) gehört.⁴ In der neueren Geschichte dürfte eine derart widerstandslose Kapitulation eines Staates ohne Beispiel sein.⁵ Der Verfassungsrechtler Giorgos Kasimatis, einer der Autoren der griechischen Verfassung, spricht in diesen Zusammenhang von der „Auflösung“ der Verfassung und der „Abtretung von Souveränitätsrechten“.⁶ Mit dem Vertrag wurde der griechischen Regierung en détail vorgeschrieben, in welchem Quartal welche Maßnahme zu treffen ist; dazu gehörten neben der Erhöhung von Verbrauchssteuern, der Mehrwertsteuer sowie der Lohn- und Einkommenssteuer die Senkung der Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst, Rentenkürzungen, die Liberalisierung des Transportsektors und der freien Berufe, eine Zusammenlegung von Kommunen und die Stilllegung von Bahnlinien.⁷ Selbst Eingriffe in die Tarifautonomie mit dem Ziel von Lohnsenkungen im Bereich der privaten Wirtschaft waren vorgesehen. Dass die Frage, ob der Vertrag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden kann, äußerst umstritten war, ist mittlerweile ebenso eine Randnotiz der Geschichte wie die Umstände, mit denen er durch das Parlament gepeitscht wurde – so lag beispielsweise der Vertragstext zum Zeitpunkt der Verabschiedung nicht einmal in griechischer Sprache vor. Der soziale Widerstand gegen die „Diktatur

⁴ Vgl. Detlef Hartmann / John Malamatis, *Krisenlabor Griechenland. Finanzmärkte, Kämpfe und die Neuordnung Europas*, Berlin / Hamburg 2011.

⁵ Dass die PASOK keinen erkennbaren Versuch unternommen hat, dem Diktat der EU zu trotzen, hängt mit der spezifischen Struktur der herrschenden Klasse Griechenlands zusammen, die über das Reederei-Kapital traditionell eng mit den europäischen Eliten verbunden ist. Vgl. Dimitris Charalambis, *Gesellschaftliche Klassen, politische Krise und Abhängigkeit*, Frankfurt am Main 1981.

⁶ Radio 9 (Athen), [<http://www.youtube.com/watch?v=fiPGY9NBHsE&feature=youtu.be>].

⁷ Vgl. dazu Andreas Wehr, *Griechenland, die Krise und der Euro*, Köln 2010, S. 72 ff.

der Troika“ aus EZB, EU-Kommission und IWF hielt über das ganze Jahr 2010 an und fand seine Höhepunkte in zahlreichen Generalstreiks, blieb jedoch im Kern auf die organisierte Linke und die Gewerkschaften beschränkt: die Kommunistische Partei (KKE) und die Linkskoalition SYRIZA mit ihrem gewerkschaftlichen Anhang, die ebenfalls in den gewerkschaftlichen Basisverbänden⁸ fest verankerte außerparlamentarische Linke sowie die zahlreichen anarchistischen Gruppierungen. Griffen die Proteste über das organisierte Spektrum hinaus auf breitere Bevölkerungskreise über, so blieben sie sektoral oder lokal begrenzt, wie etwa bei den Mobilisierungen der Lastwagenfahrer oder später der Taxifahrer.⁹

Zwei Aspekte sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben: Zum einen gelang es der von der außerparlamentarischen Linken initiierten Koordination der gewerkschaftlichen Basisverbände, dem Richtungsverband der Regierungspartei PASKE das Wasser abzugraben und ihre eigene Massenbasis erheblich zu verbreitern. Die Demonstrationsblocks der Basiskoordination übertrafen die der Dachverbände ab Ende 2010 um ein vielfaches. Die Losung „Wir schulden nichts, wir verkaufen nichts, wir zahlen nichts“ verbreitete sich; es entwickelten sich zahlreiche Gruppen, die den Boykott der Straßenmaut oder massenhaftes Schwarzfahren organisierten.

Zum anderen entfalteten zwei Konflikte eine weit über sich hinausweisende Dynamik: Die lokalen Proteste gegen eine Mülldeponie in Keratea, mit der das seit Jahren schwelende Müllproblem in Attika behoben werden soll. Hier gelang es der lokalen Bevölkerung mit Unterstützung von linken und anarchistischen Gruppie-

⁸ Vgl. deren Website: [http://syntonismos.blogspot.com/2011/07/blog-post_17.html#more].

⁹ Sowohl die Spediteure als auch die Taxifahrer sind in der Mehrzahl selbständige Unternehmer. Neben ihrem Fahrzeug stellt die staatliche Lizenz ihr Kapital dar. Die Entwertung dieser Lizenzen im Zuge der Marktöffnung des Transportsektors kam faktisch einer massenhaften Enteignung ihres Privatvermögens gleich. Der Streik der Taxifahrer fand schon im Kontext der Verbreitung der Revolte im Sommer des laufenden Jahres statt.

rungen aus Athen, trotz ausufernder Polizeigewalt den Baubeginn zu verhindern. Eine vollkommen anders gelagerte Konfrontation entwickelte sich aus dem Hungerstreik von rund dreihundert Flüchtlingen aus Nordafrika in Athen und Saloniki, der Ende Januar 2011 begann und bis März 2011 andauerte. Trotz Desinformation durch die Regierung, massiver medialer Diffamierung und polizeilicher Repression gelang es den von einer breiten Solidaritätsbewegung unterstützten MigrantInnen, die Bedingungen erheblich zu verbessern, die zur Erlangung eines legalen Aufenthaltsstatus notwendig sind. Angesichts der äußerst prekären Lage der illegalen Einwanderer in Griechenland und vor dem Hintergrund der Revolten in Tunesien und Ägypten kann die Bedeutung dieses erfolgreichen Kampfes nicht hoch genug veranschlagt werden. Es war der Sieg des Rechts, Mensch sein zu dürfen, gegen eine moralisch vollkommen korrumpierte politische Klasse.

Illegitime Schulden

Auf ideeller Ebene gelang es der politischen Linken, mit internationaler Unterstützung ein gegenhegemoniales Projekt zu initiieren: Sie forderte, die Staatsschulden von einer unabhängigen, international besetzten Kommission auf ihre Legitimität hin untersuchen zu lassen. Diese Forderung mobilisierte breite Kreise auf der Grundlage eines konkreten Ansatzpunkte aufzeigenden Programms.¹⁰ Im Mittelpunkt dieser Initiative steht das Konzept der „illegitimen Schulden“. Dabei handelt es sich unter anderem um Schulden, die staatliche Funktionsträger in Zusammenhang mit Formen der Vorteilsnahme zu Lasten der Bevölkerung aufgenommen haben. Als Vorbild der Initiative dient insbesondere Ecuador, das 2008 nach einem Schulden-Audit 70 Prozent der Staatsschulden zu illegitimen Schulden erklärt und nicht zurückgezahlt hat. Zu diesem Thema wurde von den Dokumentarfilmern Katerina Kitidi und Aris Chatzistefanou der Film „*Debtocracy*“ gedreht, finanziert durch private

¹⁰ Vgl. die Homepage: [<http://eleg.gr/details.php?id=131>].

Spenden von Einzelpersonen, politische Organisationen und Gewerkschaften. Die Dokumentation wurde im Internet mit großem Erfolg verbreitet.¹¹

Die Art, wie die griechischen Staatsschulden produziert wurden, verlieh dieser Initiative ihre Brisanz. Das in den europäischen Medien lange Jahre hochgelobte griechische Wirtschaftswachstum fußte – vergleichbar mit der Phase vor dem Ersten Weltkrieg, als die Eisenbahn und der Kanal von Korinth gebaut wurden – auf den „*Megala Erga*“, den großen Infrastrukturprojekten. In Griechenland sind in den letzten Jahren von der EU geförderte gigantische Bauten ins Werk gesetzt worden, an denen der griechische Staat in unterschiedlichem finanziellem Umfang beteiligt war. Dazu gehören der Athener Flughafen „*Eleftherios Venizelos*“, die Attische Ringstraße, die Athener U-Bahn, die Vorortbahn in Athen, der Neubau der Straßenbahn, die Bauten für die Olympiade 2004, zahlreiche Autobahnen, darunter die Ost-West-Verbindung „*Egnatia Odos*“ vom westgriechischen Igoumenitsa zur türkischen Grenze, die Brücke Rio-Antirio, welche den Peloponnes mit dem westgriechischen Festland verbindet, sowie weitere Straßenbauprojekte. Vor allem im Falle der Siemens-AG, die an zahlreichen Projekten beteiligt war, ist es dabei zu Bestechungen in großem Umfang gekommen. Siemens hat Presseberichten zufolge die beiden staatstragenden Parteien mit Summen zwischen 100 und 150 Millionen Euro geschmiert. Auch wenn der anhängige parlamentarische Untersuchungsausschuss und die Ermittlungen der Justiz kaum dazu führen werden, diese Vorgänge vollständig auszuleuchten – im Bewusstsein der Bevölkerung gilt der Fall Siemens als Sinnbild für eine korrupte politische Elite, die Geschäfte zu Lasten der Bevölkerung tätigt.¹²

¹¹ Siehe [<http://www.debtocracy.gr/indexen.html>]. Mittlerweile liegt ein mit zusätzlichem Material angereichertes Buch mit dem gleichen Titel in griechischer Sprache vor.

¹² In anderen Bereichen, etwa dem Gesundheitssektor, zeigen sich ähnliche Formen der Korruption; vgl. Kathimerini, 23/24. April 2011.

Ähnlich verhält es sich mit dem Rüstungshaushalt, der sich auf einem exorbitant hohen Niveau von vier Prozent des BIP, entsprechend etwa zehn Milliarden Euro pro Jahr, bewegte. Beschafft wurden unter anderem Fregatten französischer Rüstungskonzerne sowie U-Boote und Panzer aus Deutschland. Die deutschen Rüstungsexporte haben zwischen 2004 und 2008 um 70 Prozent zugenommen, wobei der Export innerhalb Europas um 123 Prozent anstieg. Hauptimporteure waren Griechenland und die Türkei, die zusammen rund ein Drittel der deutschen Rüstungsexporte abnahmen. Die damit einhergehende Korruption – in der Regel fanden Kreditzusagen von Banken in enger Abstimmung mit den beteiligten Rüstungskonzernen statt – ist, insbesondere was die Rolle des ehemaligen Verteidigungsministers Akis Tsochatsopoulos betrifft, mittlerweile aktenkundig. Eine parlamentarische und juristische Untersuchung ist anhängig. Nach Aussagen von Daniel Cohn-Bendit im Europaparlament haben die französische und die deutsche Regierung gleichwohl die finanziellen Zusagen der EU davon abhängig gemacht, dass die griechische Regierung die laufenden Aufträge nicht storniert.¹³

Hinzu kam die ebenfalls mit einer Korruption jeder Beschreibung spottenden Ausmaßes einhergehende Bereicherung der griechischen Oberschicht. Zwischen 2000 und Ende 2009 erhöhten sich die Aktiva der griechischen Banken von 230 auf 580 Milliarden Euro, mithin ein Anstieg um 150 Prozent.¹⁴ Dreißigtausend griechische Familien verfügen über Bankguthaben in Höhe von 50 Milliarden Euro, Griechen haben im Ausland 40 Milliarden Euro angelegt. Die an der Athener Börse notierten Unternehmen haben jährlich einen Reingewinn von über zehn Milliarden Euro gemacht, griechische Unternehmen haben etwa 20 Milliarden Euro außerhalb des Landes, vor allem auf dem Balkan, investiert.¹⁵ Diese Ver-

¹³ Vgl. Gregor Kritidis, Testfeld Griechenland, [<http://www.sopos.org/aufsaetze/4b9914d82c6cc/1.phtml>].

¹⁴ Rizospastis, 21. Februar 2010.

¹⁵ Vgl. Giannis Kyriakakis, Die unbekanntenen Reichen, [<http://www.resaltomag.gr/forum/viewtopic.php?t=4263>].

mögen haben in einer weitgehenden Steuerfreiheit der griechischen Oberschicht sowie der Senkung der Steuern für private Unternehmensgewinne ihre Ursache. So wurde, ganz dem neoliberalen Leitbild entsprechend, die Unternehmensbesteuerung von 35 auf 25 Prozent gesenkt, und Reedereien sind heute praktisch steuerfrei. Die andere Seite dieser systematisch betriebenen Bereicherung bilden die Senkung der Einkommen aus abhängiger Arbeit und Sozialtransfers sowie die zunehmende Verschuldung der öffentlichen Hand.

Staatsunternehmen zu Schnäppchenpreisen

Die Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung der griechischen Staatsschulden birgt also erhebliche Sprengkraft in sich, zielt sie doch auf den Zusammenhang von internationaler Kreditvergabe beziehungsweise Kapitalexport, öffentlichen Ausgaben sowie der Korruption der politischen Klasse zu Lasten der breiten Mehrheit der Bevölkerung. Dies umso mehr, als mit dem Kreditvertrag vom 8. Mai 2010 eine Lösung der Schuldenkrise in die Wege geleitet wurde, die eine nahtlose Fortsetzung und Radikalisierung der bisherigen Wirtschaftspolitik bedeutet. Selbst die konservative Tageszeitung *Kathimerini* kritisierte, die Regierung habe sich „bedingungslos den Gläubigern ergeben“ und betreibe den Ausverkauf des Landes.¹⁶ Dafür gibt es neben politischen auch strukturelle Gründe: Die beiden großen Parteien in Griechenland leben selbst seit Jahren über ihre Verhältnisse. Obwohl die staatliche Parteienfinanzierung schon bis 2016 abgerufen worden ist, finanziert sich die regierende PASOK zu gut drei Fünfteln aus Bankkrediten. Die „Hilfskredite“ an den griechischen Staat sind zudem allemal ein gutes Geschäft. Allein zwischen 2011 und 2013 zahlt Griechenland 92 Milliarden Euro an seine Gläubiger für fällige Anleihen, das sind 85 Prozent des Rettungspakets.¹⁷ Hinzu kommen Zinsen in Höhe von

¹⁶ *Kathimerini*, 18. Februar 2011.

¹⁷ *Prin*, 24. Juni 2011.

rund 16 Milliarden Euro pro Jahr. Die Struktur der Gläubiger bedingt dabei den Charakter der als „Griechenlandrettung“ euphemisierten Politik. Es handelt sich vor allem um Banken, Versicherungen und andere institutionelle Anleger. An der Spitze stehen die griechischen Banken mit über 45 Milliarden Euro, gefolgt von deutschen und französischen Kreditinstituten mit rund 23 Milliarden beziehungsweise 15 Milliarden Euro.¹⁸ Der Begriff „griechische Banken“ ist in diesem Zusammenhang allerdings differenzierungsbedürftig: So gehört die Geniki Trapeza zu 54 Prozent der Société Générale, und die Emporiki ist eine Tochtergesellschaft der Crédit Agricole.¹⁹ Zudem agieren die großen griechischen Reedereien, die Teile des griechischen Bankensystems kontrollieren, traditionell international und haben ihren Sitz im Ausland. Exemplarisch dafür ist die Latsis-Dynastie, deren Vermögen auf 9,1 Milliarden US-Dollar geschätzt wird. Die EFG Holding Company von Spiros Latsis, an der die Deutsche Bank mit zehn Prozent beteiligt ist, hat ihren Sitz in Luxemburg und hält mit ihrer Tochter EFG Eurobank Ergasias 7,5 Milliarden Euro an griechischen Anleihen. Latsis, ein Studienfreund von EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso, hat über diese Bank die EU-Strukturmittel für Griechenland abgewickelt. Latsis ist zudem im Privatflugzeug-Verleih tätig und hält 40 Prozent der Anteile an den mehrheitlich staatlichen Raffinerien (ELPE). Mit der Gesellschaft Lamda ist Latsis auch im hochprofitablen und ökologisch besonders desaströsen Immobiliensektor tätig – verwiesen sei hier auf die jährlich wiederkehrende, durch den Gesetzgeber indirekt beförderte Brandstiftung. Es ist in diesem Zusammenhang von besonderer Ironie, dass neben Karl Theodor zu Guttenberg auch der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou am 3. Oktober 2010 mit dem „Quadriga-Preis“ ausgezeichnet worden ist. Die Laudatio hielt Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann. Das „Rettungspaket“ erhöhte den Druck auf die griechische Regierung, Unternehmen im Staatsbesitz zu privatisieren.

¹⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Juni 2011.

¹⁹ Wehr, Griechenland (wie Anm. 7), S. 64.

Es ist trotz verbreiteter Darstellung nicht der Fall, dass die Staatskonzerne unprofitabel wirtschaften, sieht man einmal von der defizitären Staatsbahn OSE ab.²⁰ So konnte sich die deutsche Telekom bereits ein weiteres Aktienpaket der Telekom Hellas zu einem Schnäppchenpreis sichern. Die Privatisierung dieser Staatsbetriebe hat weitreichende Folgen; sollte etwa die Landwirtschaftsbank privatisiert werden, könnten aufgrund der Verschuldung vieler Kleinbauern rund 50 Prozent des Landbesitzes den Besitzer wechseln. Ein anarchistischer Slogan bringt diesen Zusammenhang treffend zum Ausdruck: „Jetzt, wo die Unterhose weg ist, gehen sie uns an die Eier“.

Der Vorteil des „Rettungspakets“ bestand aus Sicht der Regierung vor allem im Zeitgewinn, der den Gläubigern ermöglichte, griechische Staatsanleihen abzustoßen und zum IWF und zur Europäischen Zentralbank umzuschichten; die EZB ist dadurch innerhalb eines Jahres zur europäischen „Bad Bank“ geworden. Das „Rettungspaket“ hatte aber auch aus Sicht seiner Protagonisten Nachteile: Faktisch wurde durch das Programm der Troika die griechische Ökonomie in die Rezession getrieben und die Schuldenkrise damit verschärft.

Die ohnehin angespannte soziale Lage spitzte sich infolge der Schock-Therapie der Troika das ganze Jahr 2010 über weiter zu: Die Arbeitslosenzahlen explodierten, Zehntausende verließen die städtischen Ballungszentren und zogen in die günstigere Peripherie oder wanderten aus; die Selbstmordrate verdoppelte sich, abgesehen vom Verkauf von Psychopharmaka brach der Konsum auf breiter Front ein. Innerhalb kürzester Zeit sank der Lebensstandard auf das Niveau der frühen 1960er Jahre.

Der Auftritt der Empörten

Es bedurfte nur eines Funkens, um eine erneute soziale Explosion auszulösen; den Auftakt bildete ein Generalstreik Mitte Mai 2011,

²⁰ Prin, 5. Juni 2011.

der mit äußerster Härte von den Sondereinheiten der Polizei (MAT) angegriffen wurde. „Die Polizei wird mehr und mehr zur ersten Gefahr für die innere Sicherheit“, kommentierte die linksliberale Tageszeitung *Eleftherotypia* eine brutale Attacke auf die Streikdemonstration, bei der ein Demonstrant lebensgefährlich am Kopf verletzt wurde.²¹ Ärzte, die sich vor Ort befanden, äußerten drastische Kritik am Polizeieinsatz. Eine Protestdemonstration am folgenden Tag sah sich erneut mit einem brutalen Polizeieinsatz konfrontiert.²² Nur zwei Tage später löste ein von Migranten verübter Raubüberfall, bei dem ein Familienvater erstochen wurde, von Teilen der Medien geschürte rassistische Pogrome im Athener Stadtzentrum aus, bei denen wie durch ein Wunder niemand zu Tode kam. Die Polizei blieb dabei untätig.²³ Schließlich entluden sich die sozialen Spannungen in einer seit Beginn der Krise nicht dagewesenen Massenbewegung.

Der Legende nach war der Auslöser der Slogan der spanischen *Indignados*-Bewegung, die dazu aufforderte, „still zu sein, um die Griechen nicht aufzuwecken“. Innerhalb kürzester Zeit wurde eine Reihe von Facebook-Seiten etabliert, unter anderem die Seite „*aganaktismenoi sto syntagma*“ („Empörte auf dem Platz der Verfassung“). Am 25. Mai 2011 versammelten sich hunderttausende Menschen auf den zentralen Plätzen aller größeren Städte Griechenlands, um gegen die Politik der Troika und der griechischen Regierung zu protestieren. Allein in Athen versammelten sich nach einer außerordentlich kurzen Mobilisierungszeit von weniger als zwei Tagen etwa 40.000 Menschen mit dem Slogan „Wir gehen erst, wenn ihr weg seid!“ Am fünften Tag ununterbrochener Proteste nahmen im Athener Stadtzentrum mehrere hunderttausend Menschen an zwei miteinander korrespondierenden Kundgebungen teil, nachdem Mikis Theodorakis und die von ihm gegründete Organisation *Spitha* („Funke“) zu einer Manifestation vor der Athener Universität und

²¹ Eleftherotypia, 11. Mai 2011.

²² To Ethnos, 13. Mai 2011.

²³ Eleftherotypia, 15. Mai 2011.

zum Widerstand gegen die „Diktatur der Troika“ aufgerufen hatten.²⁴ Während sich die Jüngeren schwerpunktmäßig auf dem Platz vor dem Parlament, Syntagma, versammelten, fanden sich die Älteren einige hundert Meter entfernt in der Panepistimiou-Straße ein. Diese parallelen Kundgebungen verweisen auf die generationellen Unterschiede: Während die unter Vierzigjährigen den dynamischen Kern der Bewegung ausmachen, gruppieren sich viele ältere um Protagonisten wie Theodorakis, der in der Tradition des überlieferten, national konnotierten Antiimperialismus steht; es waren überwiegend die Älteren, die weißblaue Fahnen mitbrachten und somit einem Teil der Bewegung das Gepräge gaben.

Charakteristisch für beide Mobilisierungen war, dass es sich um die „unpolitischen“ Teile der Bevölkerung handelte, die sich bis dato nicht an Protesten beteiligt hatten. Die ersten Kundgebungen auf dem Syntagma richteten sich gegen das gesamte politische Establishment und grenzten sich explizit gegen die politischen Parteien – auch die der parlamentarischen Linken – und die Gewerkschaften ab. Exemplarisch dafür ist der Facebook-Kommentar eines vierzigjährigen Freiberufers: „Ich habe es bisher geschafft, mich von Parteien, Religionen und Gruppen fernzuhalten, nicht aus Gleichgültigkeit, sondern aus Überzeugung. Dies ist vielleicht die einzige Bewegung, bei der ich das Bedürfnis fühle, teilzunehmen. Ich hoffe, mich täuscht nicht der Eindruck, dass diese Bewegung sich von all denjenigen fernhalten wird, die uns bis an diesen Punkt gebracht haben.“ Partei- oder Gewerkschaftsfahnen wurden ebenso wenig geduldet wie parteipolitische Agitation. Die Distanzierung von den Gewerkschaften war jedoch nur vorläufig, denn sie diente vor allem der Abgrenzung von einer zeitgleichen Demonstration der Gewerkschaft des staatlichen Stromversorgers. Bereits kurze Zeit später wurden die Gewerkschaftsverbände dazu aufgefordert, ihre Demonstrationen am Syntagma zu beenden. Die „Unpolitischen“ entfalteten sehr schnell ihren politischen Charakter, wobei die Re-

²⁴ Vgl. seinen Aufruf „Als Solon die Schulden stornierte“, in: Ossietzky, 15 (2011), [<http://www.sopos.org/aufsaeetze/4e479bbb9bd47/1.phtml>].

aktion des politischen Establishments und der Medien ungewollt, aber umso wirksamer, Geburtshilfe leistete: Zunächst wurde versucht, die Bewegung zu ignorieren. Als das nicht mehr möglich war, wurden in vielen Medien diffamierende Verzerrungen und Verdrehungen verbreitet;²⁵ ein zentrales, im Kern freilich zutreffendes Argument lautete dabei, die *Aganaktismenoi* würden über kein alternatives Programm verfügen.²⁶ Schließlich erfolgte eine massive Repression durch die Polizei sowie durch parastaatliche Schlägertruppen aus dem neofaschistischen Milieu. All denjenigen, die sich bisher nicht sonderlich für das politische Geschehen interessiert hatten, wurde im Schnelldurchlauf vor Augen geführt, dass der anarchistische Slogan „Bullen, Fernsehen, Neonazis – all das Gesindel arbeitet zusammen“ durchaus auf verallgemeinerbaren Erfahrungen beruht.

Ein Laboratorium der Selbstorganisation

Die Protestbewegung bildete, das zeigten die Einträge auf den Facebook-Seiten deutlich, das gesamte politisch-kulturelle Spektrum der griechischen Gesellschaft ab.²⁷ Auf dem Syntagma polarisierte

²⁵ Die Medienunternehmen sind mehrheitlich eng mit privatem Bau- und Reede-reikapital verbunden und vertreten daher, wenn auch in verschleierter Form, deren Interessen. In der Regel werden sozioökonomische und politische Konflikte gar nicht oder nur in verzerrter Form dargestellt, wobei eine Konzentration auf die Schaukämpfe des politischen Establishments erfolgt. Kostas Markaris hat in seinen Kriminalromanen die verdrehte Welt des Medienbetriebes treffend abgebildet. Vgl. Nikolaos Georgakis, „Der Großaktionär“ oder: Politik und Medien in Griechenland im Spannungsfeld von Ware, Wahrheit und Brüssel, in: Björn Egner / Georgios Terizakis (Hg.), *Das politische System Griechenlands. Strukturen, Akteure, Politikfelder*, Baden-Baden 2009, S. 173–202.

²⁶ To Pontiki, 2. Juni 2011.

²⁷ Aufschlussreich waren die Beiträge in Form von Musikvideos. Neben Giorgos Dalaras („Die Regierungen fallen“), Vasilis Papakonstantinou („Ich fürchte mich vor allem, das mit mir ohne mich passieren wird“), Dionisis Savvopoulos („Die Plätze waren gefüllt“), Nikos Ksylouris („Voran geht das Volk“), Bob Marley („Get up, stand up“) und John Lennon („Give Peace a Chance“) waren zahlreiche Bands jüngerer Gründungsdatums wie Rage Against the Machine oder Kitrina Podilata ver-

sich dieses Spektrum in eine breite, linksorientierte Mehrheit und eine rechtsgerichtete Minderheit.²⁸ Deren Versuche, mit nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Agitation der Bewegung ihren Stempel aufzuprägen, scheiterten schon im Ansatz; die Aufrufe, griechische Fahnen mitzubringen oder gar das Facebook-Foto durch die „Weißblaue“ zu ersetzen, hatten keine erkennbare Auswirkung. Umso wirkungsvoller entfalteten sich Ideen, die in der libertären und anarchistischen Gedankenwelt ihre Wurzeln haben.²⁹ Mit der Besetzung des Syntagma entwickelten sich Selbstorganisationsprozesse, die sich an basis- beziehungsweise direktdemokratischen Vorstellungen orientierten. Die Website der „Empörten“ wurde daher sehr schnell in „Direkte Demokratie jetzt!“ umbenannt.³⁰ Als zentrales Entscheidungsgremium wurden die abendlichen Volksversammlungen etabliert,³¹ denen thematisch arbeitende Gruppen zuarbeiten. In zahlreichen Veranstaltungen wurden ökonomische, soziale, staatsrechtliche und ökologische Fragen diskutiert. Allerdings erfolgte eine scharfe Abgrenzung gegen diejenigen anarchistischen Gruppen, die ein offensives Vorgehen gegen die Staatsorgane als sinnvoll und legitim betrachten. Damit wurde der beliebte Taktik der Polizei das Wasser abgegraben, mit gezielten Provokationen Ausschreitungen hervorzurufen und damit das eigene gewaltsame Vorgehen zu legitimieren.

treten. Dabei dürfte der Anteil der über Fünfzigjährigen, die sich im Internet bewegen, wesentlich geringer sein als der der Jüngeren.

²⁸ Yorgos Mitralias, Massenrevolte in Griechenland. Zu Hunderttausenden erklären die griechischen Empörten ihren neoliberalen Henkern den Krieg, [<http://www.labournet.de/internationales/gr/mitralias1.html#oben>].

²⁹ Vgl. Gregor Kritidis, Irgendwann nehmen die Tränen Rache. Zur Renaissance des Anarchismus in Griechenland, in: *Argument*, 289 (2010), S. 826–838; A. G. Schwarz / Tasos Sagris / Void Network (Hg.), *Wir sind ein Bild der Zukunft – auf der Straße schreiben wir Geschichte*, Hamburg 2010; Antonis Vradis / Dimitris Dalakoglou, *Revolt and Crisis in Greece: Between a Present yet to Pass and a Future Still to Come*, Baltimore / Edinburgh / London / Athen 2011.

³⁰ Siehe [<http://real-democracy.gr/>].

³¹ Der Begriff „Volk“ (laos) ist im mainstream nicht völkisch konnotiert, im Gegenteil. Vergleichbar ist er mit dem englischen „people“.

Innerhalb kürzester Zeit setzte sich eine politische Agenda durch, deren Eckpunkte sich auf der Höhe der Konfrontationslinie bewegten: Verhinderung des „*Mesoprothesmo*“ – der sogenannten mittelfristigen Haushaltsplanung, die das „Memorandum“ ablösen soll³² – Umkreisung des Parlaments am Tag der Abstimmung und Aufforderung zum Generalstreik.³³ Die Versammlung der Arbeiter und Arbeitslosen forderte zudem alle Gewerkschafter auf, die Besetzung der Betriebe vorzubereiten, denen die Schließung droht. Der Charakter der Forderungen wird deutlich, wenn man berücksichtigt, dass der Vorschlag, Neuwahlen sowie eine Volksabstimmung zu fordern ebenso abgelehnt wurde wie die Idee, eine eigene Partei zu gründen. Faktisch lief diese Programmatik auf den Sturz der Regierung und die Einstellung aller Zahlungen an die Gläubiger hinaus.

Erstmalig gab es – und das über vier Wochen bis Mitte Juni – keine gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Ohne Zweifel wäre ohne die Beispiele des Tarhir-Platzes und der Puerta del Sol dieses Wunder von Athen nicht möglich gewesen.³⁴ Stattdessen entwickelten sich die Plätze der griechischen Städte zu gesellschaftlichen Laboratorien der Selbstorganisation, der Selbstaufklärung und des politischen Dialogs.³⁵ Innerhalb kürzester Zeit wurde die hierfür nötige Infrastruktur geschaffen, wobei Lebensmittel, Zelte, Computer und sonstige Materialien unentgeltlich herangeschafft wurden. Eine derartige Freisetzung sozialer Kreativität hat Griechenland zuletzt 1973 bei der Revolte gegen die Obristen erlebt. Und in Slogans wurde immer wieder auf diesen historischen Zusammenhang hingewiesen.³⁶

³² Beschluss der Volksversammlung des Syntagma vom 4. Juni 2011; Prin, 12. Juni 2011.

³³ Beschluss vom 5. Juni 2011; Prin, 12. Juni 2011.

³⁴ Zu den Kundgebungen wurden u. a. spanische, portugiesische, ägyptische und tunesische Flaggen mitgebracht.

³⁵ Prin, 5. Juni 2011.

³⁶ Zum Beispiel: „Brot – Bildung – Freiheit – Die Junta war 1973 nicht vorbei.“

Von der Regierungskrise ...

Alle politischen Kräfte waren über diese Entwicklung sichtlich überrascht und zunächst wie paralysiert. Die außerparlamentarische Linke, Teile der SYRIZA und anarchistische Gruppen reagierten als erste und begannen nach wenigen Tagen, für die Proteste zu mobilisieren, nachdem es zunächst wegen ihres scheinbar unpolitischen Charakters Abwehrreflexe gegeben hatte. Charakteristisch dafür ist die Diskussion auf *Indymedia Athens*, bei der sich ein Aktivist am 26. Mai 2011 wie folgt zu Wort meldete: „Der Dezember [2008, G. K.] war der Dezember, und jetzt haben wir eine andere Situation. Wir müssen uns darauf einstellen, Genossinnen und Genossen.“³⁷ Die anarchistischen Aktivisten hielten sich ebenso wie die der marxistischen Linken an die durch die Bewegung selbst vorgegebenen Regeln und nahmen nicht als Vertreter einer Organisation, sondern als Einzelpersonen teil. Für die Aktivisten der gewerkschaftlichen Basisverbände bot sich die Möglichkeit, die angesichts hoher Arbeitslosigkeit engen Grenzen sektoraler Auseinandersetzungen zu überwinden. Damit reproduziert sich ein Phänomen, das sich in der Geschichte der griechischen Arbeiterbewegung immer wieder findet: Da die ökonomischen Druckmittel eingeschränkt sind, schlagen Streiks schnell in offene politische Auseinandersetzungen um und bilden quasi den Ersatz für die begrenzte sozial-ökonomische Durchschlagskraft.

Die KKE hielt sich merklich zurück, fand aber keinen Grund, sich demonstrativ zu distanzieren. In ihrem Zentralorgan *Rizospastis* („Der Radikale“) hieß es: „Das Spontane entwickelt sich, weil es die bewußte Bewegung gibt“ (gemeint ist die Arbeiterbewegung mit ihrer politischen Führung, der KKE). Die KKE habe ihren Teil dazu beigetragen, diese Situation entstehen zu lassen.³⁸ Die Behauptung der Generalsekretärin der KKE, die *Aganaktismenoi* bedürften der politischen Führung, kommentierte ein Aktivist auf

³⁷ Siehe [http://athens.indymedia.org/front.php3?lang=el&article_id=1319115].

³⁸ Rizospastis, 27. Mai 2011.

Facebook mit den Worten: „Die politische Führung, Frau Pappariga, hat Griechenland erst in die gegenwärtige Situation gebracht“. Die KKE versuchte im Folgenden, ihren Kurs der Selbstisolierung fortzusetzen und hielt ihre Kundgebungen vorwiegend auf dem Omonia-Platz ab, was eine Karikatur von Ioannis Ioannou in *To Ethnos* treffend auf den Punkt brachte: Dort fragt ein Kundgebungsteilnehmer: „Genossin Aleka [Papariga, Vorsitzende der KKE, G. K.], wenn wir alle pleitegehen, gehen wir dann auch gemeinsam pleite?“ – „Nein, nicht gemeinsam, wir [gehen] auf dem Omonia-Platz [pleite]“. ³⁹ Schließlich sah sich die KKE gezwungen, mit ihren Demonstrationen auch zum Syntagma zu ziehen.

Die regierende PASOK versuchte, auf Zeit zu spielen und verschob die Abstimmung über die Verlängerung des „*Mesoprothesmo*“ vom 15. auf den 28. Juni. Die Bewegung flaute jedoch nicht ab, sondern nahm an Intensität noch zu. Nach gut drei Wochen ununterbrochener Proteste, die sich in den Großstädten auf zahlreiche Stadtteile ausdehnten, war die regierende PASOK Mitte Juni am Ende: Ministerpräsident Papandreou bot seinen Rücktritt an, die konservative Opposition war unter den Bedingungen, dass das Abkommen mit der Troika neu verhandelt wird, Papandreou abtritt und Neuwahlen ausgeschrieben werden, bereit, in die Regierung einzutreten. Einen Zwerg umzustürzen ist jedoch unmöglich, wenn zwei Riesen hinter ihm stehen: Nach Intervention der französischen und der deutschen Regierung trat Papandreou von seinem Rücktritt zurück. ⁴⁰ Parallel zu diesen dramatischen Entwicklungen versuchte die griechische Regierung, die Protestbewegung zu zer schlagen. Hand in Hand gingen Sondereinheiten der Polizei und parastaatliche Schlägertrupps gegen die Besetzer des Syntagma-Platzes vor. Nicht einmal die Medien konnten diesen Zusammenhang verschweigen; auf griechischen Sendern wurde ein Video ge-

³⁹ *To Ethnos*, 1. Juli 2011.

⁴⁰ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Juni 2011. Die These von der Intervention wurde in griechischen Zeitungen kolportiert. Angesichts der kuriosen Umstände des Rücktritts vom Rücktritt ist sie durchaus plausibel.

zeigt, in dem zu sehen ist, wie Schlägerbanden unter Polizeischutz Knüppel und Eisenstangen durch den Nationalgarten heranschafften.⁴¹ Selbst ein Filmbeitrag der ARD thematisierte die Kooperation zwischen Polizei und faschistischen Schlägern.⁴² Nach beispiellosen Straßenkämpfen gelang es der Bewegung jedoch, den Platz erneut zu besetzen; kollektiv wurde der Syntagma von den von der Polizei verschossenen chemischen Substanzen gereinigt und die Infrastruktur wieder aufgebaut.⁴³

Auch die daraufhin hektisch anberaumte Regierungsumbildung, mit der Papandreou seine innerparteilichen Konkurrenten in die Regierung einband, verschaffte der Regierung nur für kurze Zeit Luft. Unter dem anhaltenden Druck der Plätze konnten die zentrifugalen Tendenzen in der Parlamentsfraktion der PASOK nur mit Versprechungen und Erpressungen mühevoll unterdrückt werden. Vor dem Hintergrund seiner Weigerung, ohne Bedingungen in eine Regierung der nationalen Einheit einzutreten, sah sich der Vorsitzende der Oppositionellen *Nea Dimokratia*, Antonis Samaras, heftigsten Anfeindungen seiner europäischen Parteikollegen, der Troika und der internationalen Presse ausgesetzt – ein an sich grotesker Vorgang internationaler Einmischung, der zeigt, wie blank die Nerven innerhalb der EU lagen. Der „störrische Rebell von Athen“, polemisierte *Spiegel Online* mit kulturrassistischem Unterton, wiegele die Bevölkerung gegen die Regierung auf und sabotiere „den von EU und IWF geforderten Mentalitätswandel“.⁴⁴

Durch den internationalen Druck, die Verabschiedung des „*Mesoprothesmo*“ endlich vorzunehmen, spitzte sich die Situation weiter zu.⁴⁵ Der stellvertretende Regierungschef Theodoros Pangalos drohte angesichts einer möglichen Niederlage bei der Abstimmung

⁴¹ Vgl. die Berichte in den Ausgaben von Eleftherotypia und To Ethnos vom 16. Juni 2011. Das Video zirkulierte bereits zuvor im Netz.

⁴² Bericht vom 16. Juni 2011, [<http://www.tagesschau.de/ausland/griechenland/1186.html>].

⁴³ Avgi, 19. Juni 2011.

⁴⁴ Spiegel Online, 24. Juni 2011.

⁴⁵ Kathimerini, 26. Juni 2011.

über das nächste von der Troika diktierte Maßnahmenpaket indirekt mit dem Einsatz der Armee gegen die griechische Bevölkerung, eine Aussage, die umgehend vom Verteidigungsminister dementiert wurde. Putschgerüchte machten ebenso die Runde wie Befürchtungen einer Mobilisierung des Militärs, das im nordgriechischen Kilkis bereits den Einsatz im Straßenkampf geübt hatte.⁴⁶

Es war das vorletzte Mittel, zu dem die griechische Regierung schließlich nach mehr als einem Monat friedlicher Massenproteste schritt: das einer „Orgie des staatlichen Terrorismus“, wie die linksliberale Athener Tageszeitung *Eleftherotypia* konsterniert kommentierte.⁴⁷ Der gesamte Syntagma-Platz wurde stundenlang mit Reizgas und Blendgranaten beschossen, wobei in diesem „chemischen Krieg“ Berichten zufolge auch Mittel eingesetzt wurden, die international geächtet sind;⁴⁸ es gab Prügelorgien in den Straßen rund um das Regierungsviertel bis in die Athener Altstadt Plaka hinein, wo motorisierte Einheiten Jagd auf Demonstranten machten; selbst die Krankenstation der Aktivisten von „Direkte Demokratie Jetzt“ wurde davon nicht ausgenommen. Dass dabei auch wieder faschistische Schlägerbanden zum Einsatz kamen, zeigen Videos, auf denen diese von der Polizei auf das Gelände um das Parlament begleitet werden.⁴⁹ Mindestens fünfhundert zum Teil schwer verletzte Demonstranten pflasterten den Weg des „*Mesoprothesmo*“ durch das griechische Parlament. Ein Journalist verlor durch eine Blendchock-Granate sein Gehör.

⁴⁶ Die Erklärungen seitens des Offizierskorps zeigen, dass das Militär zu einem Einsatz im Inneren nicht bereit ist. Zahlreiche hohe Offiziere hatten, um in den Genuss günstigerer Pensionsregelungen zu kommen, vorzeitig ihren Hut genommen. Eine Armee, die putschen will, verhält sich anders. Zudem gäbe es für einen Staatsstreich keinen Grund, verhält sich die Regierung doch den vorherrschenden Interessen gemäß. Für einzelne Truppenteile mag jedoch zutreffen, dass sie gegen die Bevölkerung vorgehen würden, wenn die Regierung das verlangt. Das wäre allerdings kein Staatsstreich, sondern die Fortsetzung des bisherigen Verfassungsbruchs der Regierung mit anderen Mitteln.

⁴⁷ *Eleftherotypia*, 30. Juni 2011.

⁴⁸ *To Ethnos*, 13. Juli 2011.

⁴⁹ *To Ethnos*, 29. Juni 2011, [<http://www.enet.gr/?i=news.el.lada&id=288855>].

Trotz dieser selbst für griechische Verhältnisse außergewöhnlichen staatlichen Gewalteskalation gelang es nicht, den Syntagma dauerhaft zu räumen. Das „Unterhaus“ der direkten Demokratie konnte sich gegen die Gewalt behaupten.

... zur Legitimationskrise

Die Legitimation des Parlaments und der in ihm vertretenen Parteien, aber auch die der Troika und der EU, ist damit an eine Grenze gekommen. Es wirft ein trübes Licht auf die parlamentarischen Linksparteien, dass sie diese Vorkommnisse nicht zum Anlass nahmen, sich aus der Vouli zurückzuziehen und demonstrativ Partei für die Bewegung zu ergreifen. Die traditionelle Sommerpause wurde Ende Juli 2011 erneut für eine polizeiliche Räumung genutzt; auch in Thessaloniki, wo sich die Protestbewegung am Weißen Turm, dem Wahrzeichen der Stadt, versammelte, sowie in anderen Städten ging die staatliche Exekutive gegen die Demokratie der Plätze und andere Zentren des sozialen und politischen Widerstandes vor. Es gelang der Regierung jedoch nicht, der Bewegung eine klare Niederlage zu bereiten. Es ist zu erwarten, dass die gesellschaftspolitischen Kämpfe im Herbst erneut aufflammen; einen Vorgesmack haben die ersten Auseinandersetzungen um die Hochschulreformen Ende August gegeben, mit der der öffentliche Charakter der Universitäten aufgehoben, das universitäre Asyl abgeschafft und die höhere Bildung der kommerziellen Verwertung geöffnet werden soll. Gleichzeitig gibt es nach wie vor sektorale soziale Kämpfe, die nicht unmittelbar in Zusammenhang mit der Bewegung für direkte Demokratie stehen, so etwa der bereits erwähnte Streik der Taxifahrer Ende August 2011.

Mit der Bewegung für direkte Demokratie ist in Griechenland eine Situation entstanden, die auf Dauer unhaltbar ist: Dem inhaltlichen entleerten, verfassungs- und staatsrechtlich zweifelhaften Parlamentarismus eines in hohem Maße korrumpierten und delegitimierten Parteiensystems steht eine soziale Bewegung gegenüber,

welche den öffentlichen Raum erobert hat und mit ihren basisdemokratischen Volksversammlungen ein antagonistisches Demokratieprinzip vertritt. Damit hat sich die Vorform einer – wenn auch asymmetrischen – politischen Doppelherrschaft etabliert.⁵⁰ Entweder gelingt es der Bewegung, sich dynamisch auf alle gesellschaftlichen Bereiche, insbesondere die Sphäre der Ökonomie, auszudehnen, oder aber dem politischen Establishment gelingt es mit Rückendeckung der EU und des IWF, eine neue Form der autoritären Herrschaft zu etablieren. Viel wird daher davon abhängen, inwieweit es der Bewegung möglich ist, neben den spanischen *Indignados* Bündnispartner innerhalb der EU zu finden. So oder so dürfte den griechischen Entwicklungen paradigmatischer Charakter für die Gesamtentwicklung Europas zukommen.

⁵⁰ Vgl. Jerome E. Ross, Syntagma, Ground Zero of the Global Resistance Movement, [<http://greekleftreview.wordpress.com/2011/07/13/syntagma-ground-zero-of-the-global-resistance-movement/>].